

Politischer Jahresbericht

Arabischer Naher Osten 2009



Ramallah

Regionalbüro Arabischer Naher Osten, 2009

Von Joachim Paul

Februar 2010

Inhalt

Palästinensische Gebiete	3
Ägypten	5
Jordanien	7

Palästinensische Gebiete

Seit ihrer Entstehung ist die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) von innerem und äußerem Druck, sowie von bewaffneten Konflikten bedroht. Nach Jahren ergebnisloser Verhandlungen über die Zweistaatenlösung stellt sich zunehmend die Frage ihrer politischen Legitimität. Zudem trägt die Spaltung zwischen Westbank und Gaza Streifen erheblich zur Schwächung vor-staatlicher Institutionen bei. Die Verschiebung der für Januar 2010 anberaumten Parlaments- und Präsidentenwahlen hat sowohl für die Präsidentschaft Mahmud Abbas, als auch die Regierung Salam Fayyads ein konstitutionelles Vakuum geschaffen. 18 Jahre nach dem Beginn des Verhandlungsprozesses in Madrid kann die PA ihrer Bevölkerung kaum positive Ergebnisse des in Oslo begonnen Prozesses vorweisen. Die israelische Seite hat dagegen durch verstärkten Ausbau von Siedlungen, insbesondere in Jerusalem schwer umkehrbare Fakten geschaffen. Die Zahl der Siedler hat sich seit Beginn der Verhandlung auf 500.000 verdoppelt und die Integration Ost-Jerusalems in israelische öffentliche Verwaltung und Infrastruktur vorangetrieben. Das Zeitfenster der Zweistaatenlösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt schließt sich. Abbas hat in seiner öffentlichen Erklärung zu der Verschiebung der Wahlen unmissverständlich einen Wiedereinstieg in die „Road Map for Peace in the Middle East“ durch einen umfassenden israelischen Siedlungsstopp zur Bedingung gemacht. Dies geschah als Reaktion auf die neue Nahostpolitik der Obama Regierung. Ende 2009 ist eine Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Lösung des Konflikts auf der Basis des Völkerrechts und der Grenzen von 1967 jedoch nicht absehbar.

Der daraus resultierende drohende Legitimitätsverlust der PA hat auf palästinensischer Seite zu einer offenen Debatte über politische Strategien zur Beendigung der israelischen Besatzung geführt. Die seit 1967 anhaltende Kontrolle von ca. 4 Millionen Palästinensern durch israelische Militärverwaltung hat zu Strukturen geführt, die mit kolonialer Abhängigkeit vergleichbar sind. Trotz verstärkter internationaler Bemühungen, ist ein länger anhaltender Status Quo nicht auszuschließen. In 2009 ließen bei zahlreichen Beobachtern die Spannungen und Demonstrationen um die Al-Aqsa Moschee in Jerusalem bereits Befürchtung einer neuen Intifada aufkommen. Diese könnte sich sowohl gegen die PA als auch das israelische Besatzungsregime richten.

Dieser Entwicklung steht der Salam Fayyad Plan zum Aufbau von Institutionen eines virtuellen Staats in den Grenzen von 1967 entgegen. Unbestreitbar hat die Politik der Fayyad Regierung in 2009 zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in der Westbank beigetragen. Dazu gehört ein hohes Wirtschaftswachstum, sowie eine wesentlich verbesserte Sicherheitslage. Es bleibt jedoch

fraglich, ob diese Entwicklungen ökonomisch nachhaltig sein können und ob sie politischen Fortschritt in dem Verhandlungsprozess ersetzen können.

Die Spaltung zwischen Westbank und Gaza hat sich politisch, sozial, ökonomisch und kulturell vertieft. Von außen wird Gaza als humanitäres Katastrophengebiet oder als Hort islamistischen Terrors wahrgenommen. Beide Sichtweisen werden den wirklichen Problem nicht gerecht. Durch die Abriegelung des Gaza Streifens wird die Bevölkerung kollektiv bestraft. Gemäß der vierten Genfer Konvention ist das Gebiet solange als militärisch besetzt, bis ein freier Zugang zur Außenwelt garantiert ist.

Der Goldstone-Bericht hat alle kriegsführenden Seiten aufgefordert, den begründeten Verdacht auf schwere Kriegsverbrechen zu untersuchen.

Die Hamas-Regierung ist es trotz des Kriegs, der Abriegelung und der politischen Isolation gelungen, ihre politische Macht und soziale Kontrolle zu konsolidieren. Allerdings befindet Hamas sich in einem inneren politischen Konflikt zwischen Realpolitik und ideologischem Anspruch, der über unterschiedliche Interessen zwischen der Exilführung in Damaskus und der De-facto-Regierung in Gaza hinausgeht. Die De-facto-Regierung hat die von ihnen kontrollierten PA Institutionen nicht islamistisch legitimierte Einrichtungen transformiert. Auch hat sie die Ausarbeitung einer alternativen, auf Sharia beruhenden Rechtsordnung verhindert. Diese ließe sich kaum gegen die politische bewusste Gesellschaft in Gaza durchsetzen und würde jegliche Chance auf einen politischen Kompromiss mit Fatah und der internationalen Gemeinschaft unmöglich machen. Allerdings führt die Hamas Sozialpolitik zu einem langsamen Wertewandel und zu einer „sozialen Islamisierung“. Dazu zählen „Tugendkampagnen“, Bekleidungs Vorschriften und andere Sanktionierungen sozialen Rollenverhaltens. Nach der gewaltsamen Ausschaltung der an Fatah orientierten Opposition sieht sich die Hamas De-facto-Regierung nun einer erstarkenden fundamentalistisch- islamistischen Opposition gegenüber. Diese umfasst neben fundamentalistischen Muslimbrüdern auch bewaffnete Gruppen, deren Weltbild sich offenbar an Al Qaida und pakistanischen Jihadisten orientiert. Dieser Konflikt im islamistischen Lager wird auch innerhalb der israelischen Regierung registriert.

Die Hamas-Regierung in Gaza hat geringen Einfluss auf strategische politische Entscheidungen der Hamas Exil-Führung, vor allem was die nationale politische Aussöhnung und die Freilassung des entführten israelischen Soldaten betrifft. Das politische System in Gaza ist auf informelle Finanzierung und den Schmuggel durch die Tunnel zu Ägypten angewiesen. Die politische Isolierung und völkerrechtlich mehr als umstrittene Blockade des Gaza Streifens stärken den Einfluss regionaler

Mächte und schwächen die moderaten Kräfte in Gaza. Sie ist damit kontraproduktiv und trägt zu einer gefährlichen Radikalisierung des politischen Islam in Gaza bei.

Ägypten

Die strukturellen Unterschiede Ägyptens zu Palästina könnten kaum größer sein. Trotz eines relativ hohen Wirtschaftswachstums des *middle income country* leben ca. 16 Millionen der 80 Millionen Ägypter unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Das Land ist von extremen sozialen Unterschieden, hoher Umweltbelastung und extremen ökologischen Problemen geprägt. Politisch ist das hybrid-autoritäre Regierungssystem von starren Strukturen, Klientelismus, Korruption und oft willkürlich operierenden Sicherheitsdiensten geprägt. Dennoch sehen sowohl die USA, als auch die EU in dem ägyptischen System einen regionalen Stabilisierungsfaktor, der verschiedene Bewegungen und Strömungen des politischen Islams eindämmt und als regionale Ordnungsmacht fungiert.

Gegenwärtig werden in Ägypten die Weichen für eine Nachfolge („succession“) durch Gamal Mubarak, den Sohn des amtierenden Präsidenten, gestellt. Die Frage der Übertragung politischer Macht wird die ägyptische Politik bis zu den Präsidentschaftswahlen 2011 bestimmen. In 2010 werden Parlamentswahlen einen Gradmesser für die politische Stimmungslage bieten. In der Bevölkerung haben die dynastischen Tendenzen bereits vor Jahren Proteste hervorgerufen. Die undemokratische Vorbereitung der Machtübergabe an den Präsidentensohn war ein Katalysator für das Entstehen der Kifaya-Bewegung ("Genug!"), die die politische Landschaft in Ägypten für kurze Zeit verändert hat. Auf Druck der USA, und in direkter Angleichung an die US-Außenpolitik auch der EU, hatte die Regierung 2005 eine graduelle Öffnung der Parlamentswahlen und eine begrenzte politische Öffnung zugelassen.

In der Annahme, autoritäre politische Systeme ließen - zumindest partiell - einen größeren Grad an Partizipation und Integration von Opposition zu - um den Machterhalt ihrer politischen Eliten nicht zu gefährden -, hatte die US-Außenpolitik vor fünf Jahren noch Demokratie über Stabilität gestellt. Dadurch gelangten die oppositionellen Muslimbrüdern in das Parlament. Gleichzeitig war ein Klima entstanden, in dem sich neue politische und soziale Bewegungen entwickeln konnten. Neben Kifaya sind freie Gewerkschaften und Bürgerbewegungen sowie offene lokale Protestbewegungen entstanden, die in Ägypten vorsichtige Hoffnungen auf eine politische Öffnung oder gar Wandel hervorriefen. Viele dieser Bewegungen und Ansätze existieren trotz des Paradigmenwechsels der US-Politik, wieder mitgetragen von der EU, weiterhin. Angesichts der katastrophalen Entwicklungen im Irak und der Polarisierung der Region setzten die USA und die EU wieder auf Stabilität anstatt auf demokrati-

sche Öffnung. Das ägyptische Regime konnte seine autoritäre Herrschaft restaurieren und sogar stärker als zuvor Protest und Opposition eindämmen. Die Verfassungsänderung von 2007 wurde von Amnesty International als die „stärkste Aushöhlung der Menschenrechte in Ägypten seit 26 Jahren“ bezeichnet. Durch die Verfassung wurden die Notstandsgesetze des Ausnahmezustands in einen permanenten verfassungsgemäßen Normalzustand transformiert. Seitdem nehmen die Verletzungen der Menschenrechte und Zensur wieder zu. Sie richten sich in erster Linie gegen die größte und einflussreichste politische Oppositionsbewegung, die Muslimbrüder. Diese hatten 2007 mit der Verabschiedung ihrer politischen Plattform begonnen, sich als politische Partei darzubieten, die sich, zumindest teilweise und nicht frei von Widersprüchen, zu demokratischen Prinzipien bekennt.¹ Im Jahr 2009 ist die Regierung mit besonderer politischer Härte gegen die Muslimbrüder vorgegangen, indem führende Mitglieder der Bewegung unter dem Verdacht des Terrorismus und internationaler Verschwörung vor Militärgerichte angeklagt wurden. Offensichtlich sind aber eher politische Reformer als Vertreter fundamental-islamistischer Positionen betroffen. Gleichzeitig fördert das Regime extrem konservative islamische Strömungen, um ein Gegengewicht zu den Muslimbrüdern zu schaffen.

In der internationalen Politikbeobachtung wird weiterhin debattiert, moderate islamistische Organisationen als Reformakteure politisch zu integrieren, anstatt sie zu isolieren und aus dem politischen System auszuschließen, was zu ihrer Radikalisierung beitrage. In diesem Zusammenhang vermuten ägyptische Menschenrechtsaktivisten, die Regierung Mubaraks versuche, diesen Empfehlungen durch gezielte Verhaftungen von moderaten Reformern zu begegnen. Die öffentliche politische Kampagne gegen den Einfluss Hizballahs und angeblicher schiitischer Interessenspolitik in Ägypten dient wohl ebenfalls diesem Zweck.

Aber auch die sozialen Jugend-, Streik- und Protestbewegungen, Internetaktivisten und andere nicht formal organisierte Gruppen sind von Repressionen betroffen. Die formal organisierte NRO-Szene spürt die Auswirkungen einer restriktiveren Politik durch geplante Einschränkungen des NRO-Rechts, sowie Behinderungen seitens der Ministerien. Ägyptische NRO unterliegen scharfer Kontrolle durch das Sozialministerium, die sämtliche Programme sowie den Einsatz ausländischer Fördergelder einem Genehmigungsverfahren unterziehen.

Ägypten schränkte damit den geringen politischen Freiraum sozialer und politischer Bewegungen von 2008/09 wieder stark ein, um den Transformationsprozess der Machtübergabe Hosni Mubaraks

¹ Siehe: Ivesa Lübben: Die Muslimbruderschaft und der Widerstand gegen eine dynastische Erbfolge in Ägypten, GIGA Focus, 5 2009

zu kontrollieren. Es trifft dabei offensichtlich auf größere politische Toleranz gegenüber repressiver autoritärer Herrschaft seitens der USA und der EU als dies bei den Wahlen von 2005 der Fall war.

Jordanien

Jordanien ist mit Abstand das politisch stabilste Land in der Region, trotz seiner geographischen Lage zwischen den beiden Konfliktgebieten, Irak und Palästina. Allerdings sind nach dem Gaza Krieg vorsichtige Ansätze zur Demokratisierung auch in Jordanien weitgehend zum Stillstand gekommen. Das politische Regime setzt bei der Kontrolle von Opposition auf Geheimdienst, politischen Verhaftungen und die wachsende Kontrolle zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Seit 2008 wird ein neues restriktiveres NGO-Gesetz debattiert. Vergleichbar mit der Situation in anderen arabischen Ländern, versucht Jordanien eine stärkere Kontrolle islamischer Organisationen über die Finanzierungskanäle auszuüben, die der Zusammenarbeit mit islamistischen Organisationen verdächtigt werden. Dies führt zu Einschränkungen der - im Vergleich zu den palästinensischen Gebieten und Ägypten - ohnehin schwächeren unabhängigen Zivilgesellschaft.

Im November hat König Abdallah II überraschend das Parlament aufgelöst und Neuwahlen angekündigt. Dabei hat er die Regierung beauftragt, das Wahlgesetz zu reformieren. Das 1993 eingeführte bisherige Gesetz stärkt Clan- und Stammesorientierte Kandidaten in den ländlichen Gebieten und benachteiligt urbane Bevölkerungsmehrheiten, hauptsächlich in Amman. Das Parlament wurde in der Öffentlichkeit als konservativ und an Partikularinteressen orientiert dargestellt.

Gegenwärtig werden in Jordanien strategische Zukunftsentscheidungen getroffen. Als ressourcenarmes Land ist Jordanien von externen Energiequellen abhängig und leidet weiterhin unter dem extrem eingeschränkten Zugang zu Wasser. In Fragen nachhaltiger Entwicklung setzt Jordanien auf Mega-Projekte, wie beispielsweise dem eines Kanals zur Verbindung des Toten mit dem Roten Meers (Read Dead), Nuklearenergie und Ausbeutung strategischer Wasserressourcen (Disi Basin). Diese Entscheidungen werden ohne demokratische Mitsprache großer Bevölkerungsgruppen getroffen. Ähnlich der Situation in Ägypten, ist kaum zu erwarten, dass die EU und andere internationale Akteure regionale politische Stabilität für Forderungen nach größeren demokratischen Freiheiten oder nachhaltiger Entwicklung aufgeben.